



Foto: Dieter Kaiser / pixelio.de

## Stadthaushalt 2013 / 2014

# Korrigieren, konsolidieren, investieren

Am 30. April hat der Rat den Doppelhaushalt 2013/14 mit den Stimmen von SPD, GRÜNE und Oberbürgermeister Roter beschlossen. Die übrigen Fraktionen und Ratsmitglieder stimmten dagegen. So kam dieser Doppelhaushalt (Hpl) mit nur einer Stimme Mehrheit zustande.

### Verantwortung

Zwar reden fast alle im Rat von Sparnotwendigkeiten und der Sanierung der Stadtfinanzen, aber wenn es ernst wird, tauchen 50 % der Ratsmitglieder ab. Die Haushaltsverantwortung musste Rot-Grün allein schultern. Im Finanzausschuss zum Hpl am 12.4. war die CDU als zweitgrößte Ratsfraktion nicht einmal in der Lage eigene Haushaltsvorschläge als Alternative vorzulegen. Die FDP verzichtete auch. Die Linke wiederholte ihr übliches Ritual unrealistischer Gewerbesteuererhöhungen zur Befriedigung aller erdenklichen Wünsche.

### Zielsetzung

Im Ergebnisplan 2013 klafft zwischen Aufwand und Ertrag ein Defizit von 272 Mio. €. 2014 sind es immer noch 237 Mio. €. In der Mittelfristplanung soll dieser Fehlbetrag bis 2017 auf 223 Mio. € reduziert werden. Das Defizit muss jährlich durch Griff in die allgemeine Rücklage, dem Eigenkapital, gedeckt werden. Die Folge ist das Abschmelzen des Eigenkapitals bis 2017 um 1 Mrd. €. An einem konsequenten, nachhaltigen Konsolidierungskurs führt somit kein Weg vorbei (vgl. RR Nr.

222 – 8/2012). Bislang gelingt die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts. Dieses Ziel ist politisch vorrangig, weil sonst die eigene Handlungsfähigkeit auf dem Spiel steht. Weiteres Ziel ist, einerseits das strukturelle Defizit abzubauen und andererseits die städtische Infrastruktur sowie die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge zu sichern und soziale Verwerfungen zu vermeiden. Was hat Priorität? Was sind die Kernaufgaben? Trotz aller Konsolidierungserfordernisse ist es notwendig, Schwerpunkte zu setzen – bei der Wohnungsbauförderung, beim Ausbau des Offenen Ganztags und Kita-Plätzen. Schließlich muss die Stadt auch investieren. Nicht nur um den Verfall ihrer Infrastruktur zu stoppen, sondern auch, um attraktiv zu bleiben.

### Intensive Debatte

Welche Verwaltungsvorschläge mussten konkret korrigiert und welche Konsolidierungsvorschläge selbst initiiert werden? Eine intensive Debatte die ständig geführt werden muss - im Rat, mit der Verwaltung und mit der Stadtgesellschaft. Auch Proteste von Bürgerinnen und Bürgern und Initiativen wurden beachtet, viele Gespräche mit freien Trägern und Akteuren geführt und die Voten aus dem Bürgerhaushalt analysiert. Entlang der Richtschnur „Korrigieren, konsolidieren und investieren“ hat die grüne Ratsfraktion den Haushaltsentwurf bewertet und ihre Vorschläge in die Haushaltsverhandlungen eingebracht.

### Korrigieren

In den Bereichen Soziales, Integration, Bildung, Jugendhilfe und Kultur wurden wesentliche Korrekturen an den Verwaltungsvorschlägen vorgenommen, damit Strukturen nicht zerstört werden und Kernaufgaben aufrechterhalten bleiben können. Auf den folgenden Seiten ist dies im Detail dargestellt.

### Investieren

SPD und GRÜNE haben zudem ein zusätzliches Investitionspaket für Mobilität, Reparatur und Aufwertung öffentlicher Räume beschlossen – 6,25 Mio. € in 2013 und 7,35 Mio. € in 2014. Dazu gehören die Sanierung von Radwegen (0,3 Mio. €) und Straßen (1,5 Mio. €), Spielplatzsanierung (1 Mio. €), die Aufwertung der Rheinuferpromenade zwischen Dom und Bastei (1 Mio. €) und die Aufwertung von Plätzen in Chorweiler, Mülheim und Porz (2,4 Mio. €) sowie 3,7 Mio. € für den Zoo-Masterplan.

### Konsolidieren

Alle beschlossenen rot-grünen Haushaltsvorschläge sind gegenfinanziert und beinhalten zudem für 2013 eine Ergebnisverbesserung von knapp 32 Mio. €, um die der Fehlbetrag von 306,67 Mio. € verringert werden kann. Somit sinkt die Entnahmekquote aus der Rücklage von 5,51 auf 4,93 %. Erheblich dazu beigetragen haben die Sonderausschüttungen der GAG AG (5,4 Mio. €) und der Stadtwerke (10 Mio. €).

Jörg Frank

## Kulturförderabgabe

### 2013/14

**Im Haushalt sind für 2013 und 2014 jeweils 7 Mio. € Erträge aus der Erhebung der Kulturförderabgabe eingeplant. SPD und GRÜNE haben im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse über die Verwendung des Großteils dieser Erträge beschlossen.**

1,9 Mio € sind bereits gebunden, da sie für die Fortführung von bestehenden Leistungen verwendet werden: 150 T€ für den Erhalt der Busbibliothek, 280 T€ für die Samstagsöffnungen der Stadtteilbibliotheken, 320 T€ für den Medienetat der Stadtbibliothek, 150 T€ Zuschuss für die Rheinische Musikschule anstelle einer Gebührenerhöhung und 1 Mio. € für die Akademie der Künste der Welt.



Foto: Oliver Mostert

Darüber hinaus werden weitere Mittel bereitgestellt, nämlich 500.000 € für Tourismusförderung, Standortmarketing und Förderung der Kreativwirtschaft.

20 T€ Zuschuss für die Theaterzeitung „aKT“, die regelmäßig über die vielfältige Kölner Theaterlandschaft berichtet. 200 T€ für das Theaterförderkonzept als „Feuerwehretat“.

100 T€ werden für kulturelle Bildungsangebote im Offenen Ganztage an Grundschulen „mit besonderem Hilfebedarf“ verwendet.

Mit 25 T€ wird der Sportlerinnen- und Sportler-Austausch mit den Partnerstädten Kölns bezuschusst.

300 T€ fließen in die Verbesserung des Angebots öffentlicher Toiletten.

Und schließlich werden 2,12 Mio. Euro p.a. für Umwelt, Stadtklima und Stadtverschönerung aufgewandt, wie z.B. Baumpflanzungen, Gewässersanierung und der Betrieb der Brunnen.

Insgesamt werden so in 2013 und 2014 jeweils ca. 5 Mio. Euro der Kulturförderabgabe verwendet. Ohne eine solche kommunale Aufwandsteuer wären diese zusätzlichen, freiwilligen städtischen Leistungen angesichts der Haushaltsnöte überhaupt nicht finanzierbar. *jf*

## Neues Historisches Archiv

### Ein Kommentar von Barbara Moritz

Der Rat beauftragte eine Alternativplanung zur Kostenreduzierung. Schon lange vor dem entsetzlichen Einsturz des Stadtarchivs war klar, dass Köln ein neues Haus für dieses einzigartige kommunale Archiv braucht, weil die Räume in der Severinstraße die Mengen an Archivgut nicht mehr fassen konnten. Es wurden alle Vorbereitungen getroffen, um einen geeigneten Standort zu finden und um ein Raumprogramm zu definieren.

Externe Fachleute nahmen an einem Symposium teil, welches sich vor allem mit der neuen Rolle von kommunalen Archiven beschäftigen sollte, nachdem das Personenstandsgesetz am 1. Januar 2009 in Kraft getreten war. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: Das Archiv sollte ein Bürgerarchiv sein und stärker als in der Vergangenheit Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger anbieten. Es sollte also ein mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossener Ort sein. Die Ratsmehrheit entschied sich für den Standort Eifelwall, der sowohl erschließungstechnisch günstig als auch universitätsnah liegt.

Im Rahmen des Masterplans von Stadtplaner Albert Speer jun. soll das Gebäude entlang des Eifelwalls entstehen, dahinter der innere Grüngürtel in Richtung Rhein vollendet werden.

Die unbefriedigende Unterbringung der städtischen Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) ließ die Idee entstehen, den Bau gleich um diese Flächen

zu erweitern und dadurch Synergien zu schöpfen. Schon damals war aber klar, dass die Stadt für dieses wichtige Kulturangebot dringend einen Partner finden muss. Die KMB wird nur zu einem sehr geringen Teil von der Kölner Bevölkerung genutzt, sondern vorwiegend von wissenschaftlichen Nutzenden und Studierenden weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Die KMB ist eine von drei bundesweiten Schwerpunktsammlungen, aber im Gegensatz zu München und Berlin die einzige, die kommunal finanziert wird. Diese Suche dauert jetzt bereits ohne konkretes Ergebnis drei Jahre an. Das Land winkte ab, die Universität zu Köln sieht sich außerstande, die Aufwendungen zu tragen.

Sollte die Verwaltung es trotz intensiver Bemühungen nicht zeitnah schaffen, einen deutlichen Anteil von Drittmitteln zu akquirieren, möchte die rot-grüne Koalition die Pläne für den erweiterten Neubau aufgeben und sich auf den Bau der Archivflächen beschränken. So sieht es der jüngste Ratsauftrag vom 30. April vor.

Der Standort Eifelwall wird nicht in Frage gestellt. Außer Frage steht aber die Notwendigkeit, bei neuen Kulturbauten - ebenso wie bei allen anderen Millionenprojekten - ein rigoroses Kostenmanagement zu betreiben, um die Belastungen für die künftigen Haushalte zu reduzieren.



Foto: Oliver Mostert

Bereits 2012 beschloss der Rat Parkgebühren für Schulparkplätze. Im Doppelhaushalt 2013/14 soll die Verwaltung nun Erträge ausweisen. 30 % fließen dem Schulbudget der jeweiligen Schule zu. Die Landesregierung hat bereits 2012 als Reaktion auf Proteste von Lehrkräften erklärt, dass Gebühren zulässig sind und kein Anspruch auf Kostenerstattung durch das Land als Dienstherrn besteht.

## Doppelhaushalt 2013 / 2014

## Politische Korrekturen

In der Haushaltssitzung des Finanzausschusses am 12. April haben SPD und GRÜNE mit ihren Anträgen relevante Korrekturen am Entwurf des Doppelhaushalts der Verwaltung vorgenommen und somit geplante Mittelkürzungen deutlich abgemildert und in einigen Fällen auch die komplette Streichung aufgehoben. Die wesentlichen Änderungen in der Übersicht:

## Kultur

Die Streichung des „KölnTages“ der städtischen Museen wurde zurückgenommen. Wie bisher haben alle Kölner und Kölnerinnen am ersten Donnerstag im Monat freien Zutritt und darüber hinaus weiterhin alle Schülerinnen und Schüler - nicht nur aus Köln - sowie alle unter 18-jährigen Kölnerinnen und Kölner und alle KölnPass-Inhabenden an jedem Öffnungstag freien Zutritt zu allen ständigen Sammlungen. Vor allem für die publikumsstarken Sonderausstellungen sollen die Eintrittspreise erhöht und die Öffnungszeiten erweitert werden, 2013 um 50.000 und 2014 um 100.000 Euro.

Die Mittelstreichung für Schwerpunktsetzungen in der freien Kulturszene wird weitgehend zurückgenommen. Von 145.000 (2012) stehen nun 100.000 € zur Verfügung. Wenn auch reduziert stehen weiter Mittel für Festivalförderung (50 T€) und interkulturelle Projekte (40 T€) zur Verfügung.

Die Tanzgastspiele der Bühnen bleiben bestehen (siehe S. 6).

Ab der Spielzeit 2013/2014 werden die Eintrittspreise für Oper und Schauspiel um durchschnittlich 2 Euro erhöht, um den Schuldenabbau bei den Bühnen zu unterstützen. Die Preiserhöhung wurde Anfang Mai per Dringlichkeitsentscheid umgesetzt. Die Abgabe kostenloser Tickets soll reduziert werden.

Der Kulturbunker in Mülheim wird nicht geschlossen. Der Zuschuss von 80.000 € bleibt erhalten. Wegen der sozio-kulturellen Ausrichtung geht die Verantwortung vom Kultur- an das Sozialdezernat über, das für alle Bürgerzentren zuständig ist.

Die Nutzung des alten Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubiering als Museumsdepot soll früher beendet werden, um Kosten zu sparen. Der rot-grüne Koalitionsvertrag beinhaltet die Option des Gebäudeverkaufs.

## Soziales

Die drastische Kürzung des Bürgerzentren-Etats wurde zurückgewiesen (siehe S. 6)

Die beabsichtigte Streichung der Stellen der Sozialraumkoordinatoren, die bis auf eine bei freien Trägern liegen, wurde ebenfalls zurückgewiesen und ein Zuschuss in Höhe von 660.000 Euro eingestellt. Sie sollen zukünftig bei den Bürgerämtern angebounden sein.

Die Kürzung der Globalzuschüsse für die Wohlfahrtsverbände (bislang 1,67 Mio € p.a.) wurde von 75 % (Verwaltung) auf 50 % abgemildert. Mit den Verbänden sollen die Dezernate Jugend und Soziales Ziel- und Leistungsvereinbarungen schließen, um die Kernaufgaben von Administration durch die Wohlfahrtsverbände zu gewährleisten. Bereits im Vorfeld wurden durch politische Intervention Kürzungsabsichten bei der institutionellen Förderung freier Träger, wie z.B. für Schuldner-, Arbeitslosen- und Frauenberatung sowie Gemeinwesenarbeit in Höhe von ca. 900.000 Euro verhindert.

Auch wurde politisch darauf hingewirkt, dass ein tiefer Einschnitt im Seniorenbereich um bis zu 70% nicht im Haushaltsentwurf Eingang fand. So ist die Kürzung bei Seniorenberatung um ca. 6% und bei den Seniorennetzwerken um ca. 12% noch moderat.

## Integration

Eine Mittelkürzung um 70 % wurde abgelehnt. Die Kernaufgaben kommunaler Integrationspolitik wurden gesichert (siehe S. 6)

## Kinder/Jugend/Schule

Der Offene Ganzttag an Grundschulen wurde deutlich gestärkt und Kürzungen bei qualitativen Bildungsangeboten

abgemildert (siehe S.4). Weder die Einschulungsbeihilfe noch das Angebot der „Rathauschule“ (politische Bildung) werden gestrichen.

Die Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I wird soweit fortgeführt, bis der Bedarf durch den gebundenen Ganzttag abgedeckt wird (2013/2014 über 800.000 €).

Auch die „Mittagspause Plus“ wird im Schuljahr 2013/14 durch Kofinanzierung aus dem Haushalt fortgeführt.

Die Randzeitenbetreuung bei Kindertagesstätten mit erweiterten Öffnungszeiten wird weiter finanziert (135 T€).

Die Sanierung und Erneuerung von Spielplätzen soll beschleunigt werden, um die bereitgestellten Investitionsmittel auch zügig zu verwenden.

Die Bewirtschaftung von Schulparkplätzen, die SPD und GRÜNE bereits im Hpl 2012 beschlossen haben, soll von der Verwaltung vorangetrieben werden. 30 % der Erträge sollen in das Schulbudget der jeweiligen Schule fließen.

## Köln Agenda

Die von der Verwaltung geplante Streichung des Zuschusses an die Lokale Agenda e.V. wurde zurückgewiesen. Statt bislang 70.000 stellt die Stadt 50.000 € p.a. bereit.

Für bürgerschaftliche Aktivitäten zur Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele stehen zumindest 20.000 € p.a. zur Verfügung. Die Verwaltung hat den Etat auf Null gesetzt.

## Severinstraße

Das Veedelsbüro Severinstraße erhält einmalig einen Zuschuss von 100.000 €, um das Veedelsmanagement im durch den Archiveinsturz besonders betroffenen Viertel zu stärken. Die Zielsetzung beschreibt der rot-grüne Ratsbeschluss vom 19.03.2013. *jf*

## „Rotes Haus“ verkauft

Das prominente Grundstück am Alter Markt wurde im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung per Ratsbeschluss am 30.4. an den Meistbietenden veräußert. Damit wurde ein weiterer Haushaltsbeschluss aus 2012 erfolgreich umgesetzt. Auf GRÜNE Initiative setzte der Rat eine Bauverpflichtung fest. Der Erwerber muss binnen vier Jahren nach Vertragsbeurkundung das Gebäude gebrauchsfertig errichtet haben. Die U-Bahnhaltestelle wird einschließlich des Zugangs zur Rathausebene in den Neubau integriert. Mit der Bebauung wird die städtebauliche Einfassung des historischen Alter Markts wieder hergestellt.

Der Verkauf geht auf einen Vorschlag der GRÜNEN bei den Haushaltsberatungen 2012 zurück. SPD und GRÜNE beauftrag-



Foto: Ignatz Igel

ten die Verwaltung, den Verkauf einzuleiten, da sich eine städtische Nutzung des Grundstücks als unwirtschaftlich darstellte. Infolge des Baus der U-Bahnhaltestelle musste das „Rote Haus“ abgerissen werden. Von 1985 bis 2004 befand sich dort die Geschäftsstelle der grünen Ratsfraktion. *jf*

## Bürgerzentren gerettet

Die Bürgerzentren und Bürgerhäuser bieten für viele Menschen wichtige Angebote in den Bereichen Kultur, Integration und Prävention. Die städtischen sowie auch die von freien Trägern geführten Einrichtungen werden aus dem Sozialhaushalt finanziert bzw. bezuschusst. Der Ge-



samtzuschuss betrug im Haushaltsplan 2012 ca. 7,8 Mio. Euro. Mit Vorlage des Hpl-Entwurf 2013/2014 beabsichtigte die Verwaltung ab dem Haushaltsjahr 2014 eine drastische Kürzung um 1,1 Mio. Euro. Wäre dies so erfolgt, hätten Bürgerzentren schließen müssen. So war verwaltungsintern bereits von der Schließung dreier Bürgerzentren die Rede. Durch den gemeinsamen Haushaltsbeschluss 2013/2014 haben SPD und GRÜNE allen Kahlschlagsszenarien einen Riegel vorgeschoben. Im rot-grünen Veränderungsvorschlag wurden 840.000 Euro zugesetzt. Alle Bürgerzentren bleiben bestehen. Jedoch müssen sie ab 2014 auch Konsolidierungsbeiträge leisten, da der Gesamtszuschuss um 250.000 Euro gekürzt wird. Die Verwaltung muss jetzt Vorschläge vorlegen, wie diese Konsolidierung bei den Bürgerzentren konkret realisiert werden kann.

oh



Fotos: Oliver Mostert

## Offener Ganztag an Grundschulen

### Mehr Plätze und weiterhin gute Qualität!



Foto: Oliver Mostert

**Köln wird auch in Zukunft Spitzenreiterin beim Ausbau des Offenen Ganztags an Grundschulen (OGTS) bleiben. Dies entspricht den Bedürfnissen der Eltern und der politischen Bedeutung, die Bildung hat.**

### Ausbau

Trotz der äußerst angespannten Haushaltslage hat Rot-Grün beschlossen, weitere Plätze im Offenen Ganztag zu schaffen. Im Schuljahr 2014/15 werden 1.500 Plätze zusätzlich eingerichtet, somit gibt es insgesamt 25.500 Plätze im offenen Ganztag an Kölner Grundschulen. Dies entspricht einer Ausbaquote von 75%. Zugleich hat die rot-grüne Ratsmehrheit die Verwaltung beauftragt, im kommenden Schuljahr 2013/14 eine Kurzzeitbetreuung für diejenigen Kinder bereitzustellen, die bereits angemeldet wurden, aber deren Eltern eine Absage bekommen haben.

### Kürzung abgemildert

Ein weiterer Erfolg für den Offenen Ganztages besteht darin, dass die von der Verwaltung geplanten Kürzungen deutlich abgemildert wurden. Statt 5% beträgt die Kürzung für die freiwilligen kommunalen Mittel nur noch 2%.

### Quantität + Qualität

GRÜNE stehen für beides: Qualität und Quantität. Grüne Politik hat beides umgesetzt: die Qualität zu halten und die aktuell 24.000 Plätze um weitere 1.500 aufzustocken. GRÜNE wollen, dass die OGTS ein Bildungsangebot ist. Deshalb müssen pädagogische und personelle Standards gewährleistet sein. Der Verwaltungsvorschlag, der wieder einmal bei den freiwilligen kommunalen Mitteln sparen wollte, hätte zu Kürzungen beim Personal geführt.

Die zahlreichen Eingaben von Eltern, aber auch die Sorgen von Schulleitungen und Trägern von Angeboten zu den fehlenden Plätzen, haben deutlich gemacht, welche hohe pädagogische und gesellschaftliche Bedeutung der Ganztag hat. Durch Finden von kreativen und standortspezifischen Übergangslösungen erhalten auch die angehenden Schülerinnen und Schüler ein Betreuungsangebot. Deshalb erwartet die grüne Fraktion auch von der Verwaltung, dass sie Eltern, Schulen und Träger bei der Suche nach tragbaren und für die Eltern akzeptablen Übergangslösungen pragmatisch unterstützt. Weitere Gründungen von Elterninitiativen, die in Kooperation mit OGTS-Trägern ein umfangreiches Angebot vorhalten wollen, begrüßt die grüne Fraktion ausdrücklich.

Kirsten Jahn

## Kunst- und Museumsbibliothek

# Drängende Suche nach Lösungen

Die Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) ist eine von drei bundesweiten Sammelschwerpunktbibliotheken. Während die Bibliothek „Preußischer Kulturbesitz“ in Berlin eine Einrichtung des Bundes und die Bayerische Staatsbibliothek eine Landeseinrichtung ist, wird die KMB ausschließlich aus dem Haushalt der Stadt Köln finanziert. Hinzu kommen lediglich diverse Projektmittel und eine 1/3-Beteiligung bei den Erwerbskosten.

### Bedeutend

Der Bestand von KMB und Rheinischem Bildarchiv mit ca. 400.000 Bänden wird in der Eröffnungsbilanz allein auf einen Wert von mindestens 10 Mio. Euro geschätzt. Die KMB setzt sich vor allem aus den in ihr zusammengefassten Fachbibliotheken der Museen Ludwig, Wallraf (WRM) und MAKK zusammen. Sie ist wichtig für die wissenschaftliche Arbeit der Häuser, aber auch für hiesige und auswärtige Studierende und Forschende.

### Statt Schließung ...

Bereits im Zuge der Haushaltskonsolidierung 2010/11 drohte der städtischen KMB für 2012 das Aus. Das sah damals die Planung des Kulturdezernates vor. Die Verwaltung setzte die KMB auf die „TaskForce-Liste“ der Einsparungen und war somit bereit, ihre Schließung in Kauf zu nehmen.

### ... Lösungssuche

Die Bibliothek wird zu 40 % von Studierenden und zu 25 % von Auswärtigen genutzt. Sie hat überregionale Bedeutung – nicht allein wegen des Sammelschwerpunkts im Dreier-Verbund mit München und Berlin, sondern auch aufgrund der Größe und Struktur der Nutzergruppen. Deshalb lehnten GRÜNE und SPD bei den Hpl-Beratungen 2010/11 ihre Schließung ab und beauftragten die Verwaltung zu prüfen, ob die KMB vom Land NRW übernommen werden könnte oder zumindest der Weg einer Kooperation mit der Universität bei angemessener Kostenbeteiligung möglich wäre. Gemäß der Bedeutung der KMB soll nach grüner Auffassung das Land NRW in die Verantwortung genommen werden.

### Unklare Lage

Derzeit gibt es unterschiedliche Berichte über den Gesprächsstand. Der Tenor herrscht vor, dass sich Land und Universität nicht zu einer Beteiligung in der Lage sähen. Somit wäre die Stadt wie-

der auf sich gestellt, was angesichts der prekären Haushaltslage dazu führt, die KMB erneut zur Disposition zu stellen. Es geht um große Summen: Der Archivneubau unter Einschluss der KMB ist laut Auskunft des Kulturdezernats um ca. 30 Mio. teurer als ohne. Jährliche Betriebskosten kommen hinzu.

### Rat macht Druck

Um über die Zukunft der KMB entscheiden zu können, müssen endlich – nach fast drei Jahren, in denen die Verwaltung kein Verhandlungsergebnis vorweisen konnte – belastbare Fakten „auf den Tisch“. Angesichts kritischer



Foto: Katharina Scherer, pixel.de

Stimmen über politische Gespräche mit der Universitätsleitung ist es um so wichtiger, diese Informationen ohne Zeitverzug zu erhalten.

Auf rot-grüne Initiative beauftragte der Rat am 30.4. die Verwaltung, „die Gespräche mit der Universität, dem Land und eventuell Dritten fortzuführen, mit dem Ziel, kurzfristig einen belastbaren Verhandlungsstand zur Zukunft der KMB im Archivneubau zu erreichen. Sollten eine gemeinsame Trägerschaft oder eine anderweitige verbindliche Beteiligung Dritter im Archivneubau nicht realisierbar sein, sind mit der Universität zu Köln, dem Land NRW und möglichen Dritten alternative Planungen zur Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek voranzutreiben mit dem Ziel, ihren Bestand zu sichern und dem Fachpublikum zugänglich zu machen.“

Unerträglich wäre es, wenn der notwendige Neubau des historischen Archives am Eifelwall durch die ungeklärte Situation der KMB Verzögerungen erfahren würde.

Es bleibt nun kein zeitlicher Spielraum.

Brigitta von Bülow

## Kulturförderabgabe

Die rot-grüne Ratsmehrheit hat im Dezember 2012 die Kulturförderabgabe der aktuellen Rechtsprechung angepasst. Auf Basis der seit dem 1.1.2013 geltenden geänderten Steuersatzung verschickt die Stadt nun Steuerbescheide für das 1. Quartal 2013. Auf der Grundlage der bisher abgegebenen 362 Steuererklärungen rechnet Stadtkämmerin Gabrielle Klug (Grüne) für das 1. Quartal mit ca. 2 Mio. Euro Erträgen. Der „vorsichtige kalkulierte Haushaltsansatz“ (Klug) von 7 Mio. Euro für 2013 wäre somit erreichbar. Nachdem Hamburg und Bremen eine ähnliche Steuer eingeführt haben, will nun Berlin nachziehen. Der von SPD und CDU geführte Berliner Senat hat einen Gesetzentwurf für eine Übernachtungssteuer vorgelegt. In Hamburg erfolgte die Einführung auf Anregung der CDU. Durch die prekäre Finanzlage ist für viele Städte eine solche Aufwandsteuer unverzichtbar, weil sonst relevante Leistungen nicht mehr finanzierbar wären. Der am 30.4.2013 beschlossene Kölner Haushaltsplan sieht vor, dass über 2 Mio. Euro zusätzlich für Kultur und Bildung, 0,5 Mio. Euro für Tourismus- und Wirtschaftsförderung und über 2 Mio. Euro für die Verbesserung des Stadtbilds und Baumpflanzungen verausgabt werden.

## Ende des Wachstums?

Das Amt für Statistik und Stadtentwicklung hat am 3. Mai eine aktuelle Prognose für die Bevölkerungsentwicklung Kölns vorgelegt. Auslöser war die Prognose des Landes NRW aus dem Vorjahr. Demnach soll die Köln bis 2013 um 10 % auf 1.110.000 Einwohner wachsen. Noch 2008 ging die Stadtverwaltung für 2030 von 1.030.000 aus. Nun prognostiziert sie für 2030 einen Einwohnerstand von 1.053.000. Sie weicht damit von der NRW-Prognose ab, weil ab 2020 der Wachstumskurs abbricht. 2040 sollen aber in Köln immer noch 33.000 Menschen mehr leben als in 2011. Ursache für das Ende des Wachstums ist der geringere Zuzug aus der Altersgruppe 18 bis 30 Jahre, weil diese Altersgruppe bundesweit schrumpft. Die städtische Prognose ist im Netz abrufbar: [http://www.stadt-koeln.de/mediasset/content/pdf15/pegel\\_koeln\\_bevoelkerung\\_2013.pdf](http://www.stadt-koeln.de/mediasset/content/pdf15/pegel_koeln_bevoelkerung_2013.pdf)

## Von wegen ausgetanzt...



Foto: Wang Xiaoling

Tanzgastspiele an den Bühnen gibt es auch zukünftig. Ursprünglich stand 1 Mio. Euro Zuschuss für Tanzgastspiele zur Verfügung. Aufgrund der hohen Schuldenlast der Oper wurden in 2012 davon 300.000 Euro gekürzt. Im Veränderungsnachweis 5 des Haushalts 2012 (Hpl) wurde der Zuschuss für Tanzgastspiele seitens der Verwaltung ab der Spielzeit 2013/14 auf Null gesetzt.

Dies akzeptierten GRÜNE und SPD nicht, da Tanzgastspiele eine hohe Bedeutung für den gesamten Tanz in Köln haben. Sie beauftragten daher im Hpl-Begleitbeschluss 2012 die Verwaltung mit der Prüfung, die Einsparung durch eine andere strukturelle Konsolidierungsmaßnahme an den Bühnen zu erbringen, damit die Tanzgastspiele erhalten bleiben. Doch die Bühnenleitung sah keine Möglichkeit die Tanzgastspiele im Rahmen ihres Bühnen-Budgets weiter zu finanzieren. Somit fand sich auch keine Budgetposition im aktuellen Haushaltsplanentwurf 2013/14.

Dennoch konnten sich GRÜNE und SPD letztlich in ihren Verhandlungen darauf verständigen, einen Zuschuss im Hpl 2013/14 von jeweils 400.000 Euro pro Haushaltsjahr festzulegen, damit der erfolgreiche Bühnentanz in Köln weitergeführt wird. Dieses zweckgebundene Sonderbudget wurde unabhängig von den Budgets für Schauspiel und Oper durch den rot-grünen Veränderungsbeschluss zum Hpl vom Rat eingeführt. Zudem wurde beschlossen, dass die gesamten Einnahmen der Tanzgastspiele nun ausschließlich dem Tanzbudget zur Verfügung stehen. Diese Einnahmen werden durch die im Mai beschlossene Eintrittspreisenerhöhung auch für den Tanz noch verbessert.

Wenn auch bei weitem nicht alle Wünsche erfüllt sind, ist die Zukunft des Bühnentanzes gesichert. "Auch wenn die Quantität geringer wird, an der Qualität wird festgehalten.", sicherte Bühnengeschäftsführer Patrick Wasserbauer im Bühnen-Betriebsausschuss zu. Die grünen Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen hoffen zudem darauf, dass sich längerfristig bei den Bühnen auch noch weitere Euros für den Tanz finden lassen. *bb*

## Integration: Korrektur



Foto: Dieter Wendelken / pixelio.de

Durch die rot-grünen Korrekturen am Haushaltsplan 2013/14 können die Kernaufgaben der städtischen Integrationspolitik fortgeführt werden. Etwa 850.000 Euro beabsichtigte die Verwaltung in ihrem Haushaltsentwurf 2013/14 bei den „freiwilligen Aufgaben“ in der Integrationspolitik einzusparen. So hätten 70 % der bislang ca. 1,2 Mio. Euro Haushaltsmittel nicht mehr zur Verfügung gestanden. Zusätzlich war eine drastische Stellenkürzung im Interkulturellen Referat geplant (siehe „Diversity für Köln“, Seite 7). Dies hätte dazu geführt, dass folgende Projekte ausgelöscht worden wären: Das „interkulturelle Flüchtlingszentrum“ in Nippes, das „Therapiezentrum für Folteropfer“, die beiden nicht-städtischen Antidiskriminierungsstellen, das Antirassismus-Training, sämtliche Zuschüsse für „Menschen ohne Papiere“ in Höhe von 60.000 Euro sowie insgesamt 95.000 Euro, die bisher aus dem Bereich „Interkulturelles“ für die Verbesserung der interkulturellen Öffnung vieler kleiner Projekte gezahlt wurden. Mit der geplanten Zuschusskürzung von 405.000 auf 170.000 Euro für die ca. 40 Interkulturellen Zentren hätten auch sie ihre Arbeit weitgehend einstellen müssen. Zwangsläufig folgten heftige Proteste der Öffentlichkeit.

Für die GRÜNEN waren massive Korrekturen politisch unabdingbar. Diese mussten aber aus dem Sozialetat gegenfinanziert werden, um andere Fachetats nicht zusätzlich zu belasten. Eine überaus schwierige Aufgabe. Mit dem rot-grünen Haushaltsbeschluss wurde die geplante Kürzung um mehr als 0,5 Mio. Euro abgemildert. Somit bleiben wesentliche Stützpfeiler der Kölner Integrationspolitik erhalten.

Über die konkrete Zuordnung auf einzelne Träger wird nun beraten. Es deutet sich allerdings an, dass die interkulturellen Zentren einen Bestandsschutz ihrer Mittel in Höhe des Jahres 2012 garantiert bekommen. In der Flüchtlingspolitik sollen das interkulturelle Flüchtlingszentrum sowie das Therapiezentrum weiterhin sicher bestehen können. Der städtische Zuschuss für die Beratung von Menschen ohne Papiere muss gewährleistet bleiben. Schließlich

soll die weitere Finanzierung der beiden nicht-städtischen Antidiskriminierungsstellen hohe Priorität haben. Beschlüsse über die detaillierte Mittelverwendung trifft der Sozialausschuss.oh

## 1.000 Bäume für Köln



Foto: Oliver Mosbert

In Köln gibt es jede Menge fehlende Bäume im öffentlichen Raum – und das auch an Stellen, an denen schon mal Bäume standen, welche aber aus den unterschiedlichsten Gründen verschwunden sind: Weil sie eingingen, weil sie Bauvorhaben zum Opfer fielen, weil man ihnen mangelnde Verkehrssicherheit attestierte oder weil sie von Baumfrevlern zerstört wurden. Laut städtischer Statistik existieren etwa 2.000 dieser Fehlstellen. Jährlich kommen etwa 300 hinzu. Mit dem grün-roten Haushaltsbeschluss zur Verwendung der Kulturförderabgabe für 2013 und 2014 sollen nun insgesamt 1.000 neue Bäume gepflanzt werden, wofür jährlich 650.000 € bereitgestellt werden.

Auch die anderen Elemente des aus der Kulturförderabgabe finanzierten Stadtverschönerungsprogramms sollen fortgeführt werden. So erhalten alle Stadtbezirke je 100.000 € jährlich, die nach Maßgabe der Bezirksvertretungen vor Ort eingesetzt werden. Vorgesehen sind hier vor allem Maßnahmen zur Begrünung und Verschönerung von Straßen und Plätzen in den Bezirken.

Darüber hinaus werden insgesamt 570.000 € jährlich für städtische Brunnen, für die dringend notwendige Gewässersanierung, für Schmuckbeete an prominenten Orten in der Stadt und für die Sicherung von Finkens Garten eingesetzt. Die Kulturförderabgabe kommt also unmittelbar einem grünen und attraktiven Stadtbild zugute. *mw*



Foto: Oliver Mosbert

## Beauftragten-Büros in einer Organisation

# Diversity für Köln

Die Verwaltung bildet eine neue Dienststelle „Diversity“, die unmittelbar dem Dezernat V für Soziales, Integration und Umwelt zugeordnet ist. Sie umfasst die drei Bereiche Migration/Integration, Menschen mit Behinderung und Lesben, Schwule, Transgender. Das „Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern“ bleibt beim Personal-Dezernat. Nach jahrelangen Unklarheiten über Verwaltungszuständigkeiten für das vom Rat beauftragte Diversity-Konzept sind damit - in Abstimmung mit SPD und GRÜNE – die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Der dauerhafte Bestand dieser neuen Struktur hängt von der Erstellung eines umfassenden Diversity-Management-Konzeptes ab. Dazu gibt es allerdings kaum brauchbare Vorbilder anderer Großstädte. Es existiert lediglich eine Vielzahl von Diversity-Konzepten großer Wirtschaftunternehmen.

Die „Punktdienststelle Diversity“ wird über ca. 14 Stellen verfügen. Gleichwohl sind einzelne Stellenkürzungen bei den bisherigen „Beauftragten-Büros“ vorgesehen. Die Verwaltung hat zugesagt, die freien Stellen in den drei Teams zügig mit motiviertem Personal zu besetzen. Die drei gesellschaftlichen Gruppen werden auch zukünftig ihre Ansprechpartner in der Verwaltung und „ihr“ Gesicht nach außen haben.

Lesben, Schwule, Transgender  
Der Bereich Lesben, Schwule, Transgender (LST) erhält weitere Kapazitäten. Mit dem neuen Personalbestand kann nun endlich das Handlungsfeld der spezifischen Lesbenarbeit ausgebaut werden. Vor

dem Hintergrund, dass eine komplette Streichung der Personalausstattung für LST drohte, ist das besonders erfreulich. Hier hat sich die Hartnäckigkeit der grünen Ratsfraktion und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender ausgezahlt.

Menschen mit Behinderungen  
Für das zukünftige Team Behindertenpolitik werden in etwa Personalbestand und Zielorientierung beibehalten. Hier drängt die „Stadt AG Behindertenpolitik“ auf eine rasche Besetzung der nun freierwerdenden „Beauftragtenstelle“.

Integrationszentrum  
Im Bereich Migration/Integration steht die Verwaltung vor der Herausforderung, die Vorgaben des Landesintegrationsgesetzes für ein „Kommunales Integrationszentrum“ (KIZ) umzusetzen. Notwendig ist nun ein zügiger Ratsbeschluss um die Einrichtung des KIZ und damit die Landesförderung beim Land zu beantragen. Das Ziel ist die umfassende Weiterentwicklung des Integrationskonzepts. Dabei darf nicht nur das Handlungsfeld Bildung im Vordergrund stehen, sondern gleichermaßen Arbeitsmarkt, Antidiskriminierung, Wohnen, Partizipation. oh / aw



Foto: Karsten Kretschmer

## Impressum

**Herausgeberin/Verlegerin:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
**Tel.:** (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555  
**Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de  
**Redaktion:** Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz  
**Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:** Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Kirsten Jahn (kj), Barbara Moritz (bm), Brigitta von Bülow (bb), Matthias Welpmann (mw), Andreas Wolter (aw).

**Realisation:** Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,  
**Bezug:** kostenlos  
**Erscheinungsweise:** 10 mal jährlich  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 03.05.2013  
Die nächste Ausgabe erscheint am 18.06.2013  
**Rathaus Ratlos im Internet**  
www.gruenekoeln.de,  
**Technische Realisation:** Regina Kobold  
**E-mail:** regina.kobold@stadt-koeln.de

## FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

### Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Tel.:** 0221 / 22125919 oder 22125920

**E-Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de

**Öffnungszeiten:** mo bis fr 9 – 12 Uhr; mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

**Fraktionsvorstand:** Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

**Fraktionssitzung (Mittwochskreis):**

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

## BÜRGERMEISTERIN

### Angela Spizig

**Tel.:** 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

**Mail:** angela.spizig@stadt-koeln.de

**Referent:** Christoph Goormann

**Mail:** christoph.goormann@stadt-koeln.de

## ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

**Bauen:**  
**Finanzen:**  
**Frauen:**  
**Gesundheit:**  
**Jugendhilfe:**  
**Kultur:**  
**Liegenschaften:**  
**Rechnungsprüfung:**  
**Schule & Bildung:**  
**Soziales:**  
**Sport:**  
**Stadtentwicklung:**  
**Stellenplan/Personal:**  
**Umwelt:**  
**Verkehr:**  
**Verwaltung:**  
**Wirtschaft:**  
**Queer-AK:**

**Gerd Brust**  
**Jörg Frank**  
**Kirsten Reinhardt**  
**Stefan Peil**  
**Kirsten Jahn**  
**Brigitta von Bülow**  
**Manfred Richter**  
**Manfred Waddey**  
**Horst Thelen**  
**Ossi Helling**  
**Elisabeth Thelen**  
**Barbara Moritz**  
**Brigitta von Bülow**  
**Matthias Welpmann**  
**Bettina Tull**  
**Andreas Wolter**  
**Jörg Frank**  
**Andreas Wolter**  
**& Elke Hausner**

# ABO?

**Rathaus Ratlos KOSTENLOS!**

Es gibt zwei Möglichkeiten:  
1. **E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de**  
2. **oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln**

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Oliver Mostert

## Nord-Südstadtbahn im Süden fährt nun doch Mehr Mobilität für Köln!

Der Rat hat am 30. April auf Initiative von GRÜNEN, CDU und FDP beschlossen, die Nord-Süd-Stadtbahn im Südabschnitt vorzeitig ab Mitte 2016 in Betrieb zu nehmen, nachdem die CDU plötzlich wieder in das Lager der Befürworter umschwenkte. Dies bringt nun allen Fahrgästen ein real verbessertes ÖPNV-Angebot.

Die neue Linie 17 verkehrt dann zwischen Bahnhof Rodenkirchen und U-Bahnhaltestelle Severinstraße und in den Spitzenzeiten von und nach Bahnhof Sürth. Zusammen mit der Linie 16 hat der Kölner Süden einen 5-Minuten-Takt. Die neue Linie ist über die Haltestelle Chlodwigplatz mit der Ringstrecke verknüpft und schafft ein neue Umsteigemöglichkeit an der Severinstraße zur den Linien 3 und 4, wodurch eine bessere Anbindung zur Köln-Arena, zum Rathaus, zur Kölnmesse und zu den Stadt-

teilen im Rechtsrheinischen entsteht. Seit Ende 2011 drängte die grüne Ratsfraktion auf diesen vorzeitigen Start, der bereits für 2015 möglich gewesen wäre, wenn letztes Jahr die CDU die Entscheidung nicht vertagt hätte, mit der Absicht, die Finanzmittel für die Inbetriebnahme zur Straßensanierung zu verwenden. Eine nach über zehn Jahren Bauzeit fertiggestellte Stadtbahn nicht in Betrieb zu nehmen, wäre unverantwortlich gewesen. Nicht nur wegen der erlittenen Belastungen durch den Archiveinsturz haben die Menschen ein Anrecht darauf. Ratspolitik muss verlässlich sein. Die ungenutzte Bahn hätte Jahr für Jahr 1,7 Mio. Euro für Wartung und Bewachung gekostet. Zusatzinvestitionen von 5,3 Mio. Euro und den jährlichen Mehraufwand von 6,74 Mio. Euro ab 2016 trägt die KVB AG. Der städtische Haushalt wird nicht zusätzlich belastet. red

## Termine

**Sonntag, 9. Juni, 17.00 Uhr**

### Intelligent wachsen

Buchvorstellung mit Autor Ralf Fücks  
Über grüne Revolution  
Stadtgarten, Venloer Str. 40

**Montag, 10. Juni, 19.30 Uhr**

### Wo wachsen? Wie wohnen?

Köln wächst bis 20130 um 10%  
Architekturforum Rheinland  
Domforum, Domkloster 3

**Dienstag, 18. Juni, 15.30 Uhr**

### Ratssitzung

Rathaus, spanischer Bau

**Donnerstag, 18. Juli, 14.00 Uhr**

### Ratssitzung

Rathaus, spanischer Bau

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt

Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

## Ratsreporter Ignatz Igel



## Aufgespießt

Was erlauben Quander? Frei nach Trapatoni stellen sich nicht nur grüne Ratsmitglieder diese Frage. Der ausscheidende Kulturdezernent Georg Quander hat doch tatsächlich dem Präsidenten des Festkomitees des Kölner Karnevals (FK) Markus Ritterbach die Zahlung von 100.000 Euro zugesagt. Angeblich handele es sich um Schadensersatz wegen erlittener Unbill infolge der Opernquartier-Baustelle. Deshalb könne der Rosenmontagszug („der Zoch“) nicht mehr durch die Krebsgasse fahren.

Dies weist Ordnungsamtsleiter Robert Kilp aber zurück: „Wir hatten noch gar nicht gesagt, dass der Zoch nicht durch die Glockengasse gehen könne. Das FK kam bereits sehr früh mit dem Vorschlag, über die Ringe zu gehen. Von Mehrkosten, die der Stadt in Rechnung gestellt würden, war nie die Rede.“, lässt er sich im Express am 3.5. zitieren.

Tatsächlich war das FK spitz darauf, den Zoch über die Ringe zu führen, weil dies für Image und Vermarktung von Tribünenplätzen viel lukrativer für die Zugfinanzierung ist. Dagegen wäre auch nichts einzuwenden, wenn nicht zugleich ein Schadensersatzanspruch konstruiert würde. Das riecht nach altem Karnevalsklüngel. Übrigens: Die Stadt zahlt auch in 2013 und 2014 ungekürzt ca. 180.000 Euro Zuschuss für den Zoch. Unverschämt ist, dass Quander 100.000 Euro aus dem sehr knapp gestrickten Bühnen-Budget abzweigen will. Damit fällt er den neuen Intendanten Birgit Meyer und Stefan Bachmann in den Rücken, die sich erfolgreich bemühen – trotz knapper Mittel – qualitativ solide Spielpläne zu managen.

Pikant ist, dass Quander die Streichung des Tanzbudgets ab 2013 in Kauf nahm, aber zum Abschied mal eben 100.000 Euro verschenken möchte. Nur mit großer Mühe konnte Rot-Grün ein Budget für Tanzgastspiele aufstellen.

Nun muss der OB klären, auf welcher Rechtsgrundlage Quander sein dubioses Schreiben verfasste. Die Auszahlung ist jedenfalls gestoppt.